

Der Unsinn des Dawes-Plans.

30. Dezember 1927

Die Frage einer Revision des Dawesplanes wird in der französischen Presse weiter eifrig erörtert. St. Brice erklärt im „Journal“, daß eine Revision des alliierten Schuldenproblems und der Reparationszahlungen unvermeidlich sei.

Poincaré habe wohl juristisch recht, wenn er behauptet, daß die deutsche Reparationsschuld 132 Milliarden betrage. Ebenso wie Staatssekretär Mellon, wenn er betone, daß eine Verbindung zwischen den alliierten Schulden und den Reparationszahlungen unmöglich sei. Aber die Tatsachen widersprechen dem juristischen Standpunkt, denn selbst wenn Deutschland andauernd 2½ Milliarden Goldmark jährlich leisten würde, könnte es niemals eine Schuld von 132 Milliarden abzahlen, sondern im Gegenteil, seine Schuld würde ständig, trotz der Abzahlungen steigen.

Andererseits hänge die Zahlungsfähigkeit der Alliierten von den deutschen Reparationsleistungen ab, so daß vom praktischen Standpunkt aus sowohl eine Reparationszahlung von 132 Milliarden als auch die bisher vorgesehenen alliierten Zahlungen undurchführbar seien.

Griechisch-italienisches Bündnis?

Die Komreise des griechischen Außenministers.

30. Dezember 1927

Der Athener Korrespondent der „Times“ berichtet, daß die im Zusammenhang mit dem Besuch des griechischen Außenministers in Rom in Umlauf gesetzten Behauptungen, daß der Abschluß eines Freundschafts- und Sicherheitspaktes zwischen Italien und Griechenland während des Aufenthaltes von Michalakopoulos in Rom erörtert wurde, nicht zutreffen. Die Unterhaltung zwischen dem griechischen Außenminister und Mussolini hätte sich auf die Erhaltung und Verstärkung der gegenwärtigen formalen Beziehungen zwischen beiden Ländern beschränkt.

Der Abschluß eines Paktes durch Griechenland würde die Zustimmung von Großbritannien und Frankreich benötigen. Die griechische Politik sei vielleicht einer Modifikation fähig, wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, in Jugoslawien zu einer Ueber einstimmung zu gelangen.

Hierzu berichtet der römische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß die Besprechungen zwar nur den allgemeinen Beziehungen zwischen Rom und Athen galten, tatsächlich auf eine Art Schema für eine griechisch-italienische Alliance hinauslaufen. Ein solches Bündnis würde allerdings keinerlei Spigen gegen Bulgarien oder die Türkei enthalten, mit denen Italien in besten Beziehungen stehe. Ebeniowenig würde ein italienisch-griechisches Abkommen gegen Jugoslawien gerichtet sein, mit dem Mussolini, trotz des kürzlichen diplomatischen Konfliktes, die Beziehungen zu verbessern, keinesfalls aber noch zu verschlechtern wünsche.

Notmaßnahmen im englischen Bergbau.

30. Dezember 1927

Ein Ausschuß der Grubenbesitzer von Südwales und Monmouthshire hat einen Vorschlag für die Einführung von Mindestkohlenpreisen ausgearbeitet, der am nächsten Donnerstag einer Vollversammlung der beteiligten Gesellschaften unterbreitet werden soll. Die Mindestpreise sollen einer Absatzsteigerung dienen und zugleich ein befriedigendes Arbeiten der Gruben erlauben. Die Werte, die zum großen Teil auf Auslandsabsatz angewiesen sind, dürfen nach dem Vorschlag nicht unter den Mindestpreisen verkaufen. Ein Bruch dieses Abkommens soll durch Zahlung einer Abgabe von 2 Schilling je Tonne geahndet werden. Ist ein Schacht nicht in der Lage, zu den festgesetzten Preisen zu fördern und muß deshalb den Betrieb einstellen, so wird während der Stilllegungszeit eine Vergütung von 2 Schilling je Tonne auf Grundlage der normalen Förderung gezahlt. Eine allgemeine Abgabe soll die dafür benötigten Gelder aufbringen.

Die Annahme dieses Vorschlages wird allerdings nur eine Erleichterung für die am schwersten betroffenen Grubenbezirke bringen. Die Schwierigkeiten für den gesamten Bergbau werden dadurch nicht gelöst. Der Kreis der Befürworter eines großen Kohlentrusts mit grundlegenden organisatorischen Veränderungen wird immer größer.

Schwere Stürme und Feuersbrünste in Japan.

30. Dezember 1927

Nach Meldungen aus Tokio haben schwere Stürme in Japan großen Schaden angerichtet. Fünfhundert Häuser sind von dem Sturm vernichtet worden. Aus vielen Orten kommen ferner Meldungen über große Feuersbrünste, die etwa dreihundert Häuser in Schutt und Asche legten. Die Zahl der Obdachlosen wird mit 1600 angegeben. Sechs Personen sind in den Flammen umgekommen.

Noch immer große Verkehrsstörungen in England.

30. Dezember 1927

Die Störungen im englischen Eisenbahnverkehr, die durch die außergewöhnlich heftigen Schneestürme und die strenge Kälte der letzten Tage hervorgerufen

Das von den Vereinigten Staaten angenommene System für die Schuldentilgungen sei übrigens ein wirtschaftlicher Noniens, da Amerika, das im Gelde erstarkt und für seine Waren Käufer benötige, von Europa Zahlungen in Goldwert verlange.

Das alles könne auf die Dauer nicht anhalten. Führende amerikanische Persönlichkeiten hätten längst diesen Eindruck gewonnen und versuchten es auch, auf die Regierung der Vereinigten Staaten einen Druck auszuüben.

Der offiziöse „Excelsior“ bemerkt zu der Meldung des New York Herald, daß man auf keinen Fall mit der Revision des heiklen Schuldenproblems vor dem Abschluß der Wahlen in Deutschland, England und Frankreich rechnen könne.

30. Dezember 1927

Die „Bolonté“ entwickelt die Auffassung, daß die Vereinigten Staaten sich gezwungen sehen werden, das Reparationsproblem mit dem interalliierten Schuldenproblem zu verbinden, denn nur durch eine allgemeine Schuldentilgung könnten die Vereinigten Staaten in den Besitz jener Summen gelangen, die sie den Alliierten während des Krieges vorgeschossen haben.

worden sind, sind noch immer nicht behoben. Der Kanaldienst zwischen Dover und Calais konnte noch nicht wieder aufgenommen werden. Dagegen wurde zwischen Folkestone und Boulogne ein Kotoverkehrsdienst eingerichtet, der außerordentlich stark in Anspruch genommen wird. Unter den wegen der Verkehrsstörung auf französischer Seite aufgehaltenen Reisenden befindet sich auch der französische Botschafter in London de Fleuriau. Im Telephonverkehr zwischen England und Deutschland sind nur geringe Störungen zu verzeichnen. Nach Meldungen des englischen Postministeriums war gestern nur die Linie nach Bremen unterbrochen. Dagegen sind alle fünfzehn Telephonlinien nach Paris gestört, ebenso die Verbindung mit Zürich, Basel, Lille und Calais.

Schneestürme in der Bulowina.

30. Dezember 1927

Der Verkehr zwischen Rumänien und Polen ist wegen heftiger Schneestürme in der Bulowina seit gestern eingestellt worden.

Bereisung der Meere.

Infolge zunehmender Vereisung sind die Leuchtbojen und Leuchtschiffe im Kattegat eingezogen worden. Die Schifffahrt ist noch nicht ernstlich behindert. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um die dänischen Fahrwasser eisfrei zu halten. Der Fernverkehr ruht bereits auf Schwierigkeiten. Zwischen der Insel Röm und dem Festlande ist die Eisdecke so stark, daß sie bereits mit Autos befahren werden kann.

Ein schwedischer Dampfer gestrandet.

Bei Horn Bæk ist der große schwedische Dampfer Ludwigs Bapen gestrandet. Vorläufig ist es wegen des Eises unmöglich gewesen, mit dem Fahrzeug in Verbindung zu kommen.

Die neue Kältewelle.

30. Dezember 1927

Die neue Kältewelle macht sich in Frankreich durch eine empfindliche Senkung der Temperatur bemerkbar. So wurden heute morgen in Paris 5 und in der Umgebung von Paris 7 bis 8 Grad und in Le Havre 6 Grad Kälte gemessen. Dagegen wurden in Marseille 8 und in Nizza 9 Grad Wärme verzeichnet. Während der letzten 24 Stunden hatte Nordfrankreich weitere Schneefälle zu verzeichnen. Die Verbindungen zwischen Paris-Löwen-Brüssel und London sind noch immer teilweise gestört, dagegen hat der Sturm im Armeikanal etwas nachgelassen, so daß gestern das erste Schiff von Boulogne abgehen konnte.

Der strenge Frost in Holland dauert an. Die Schifffahrt liegt infolge Zufrierens der Kanäle zum großen Teil still. Bei Hengelo ist ein Deich auf einer Länge von 50 Meter durchgehrochen. Ein großer Landstich ist überschwemmt, zahlreiche Gehöfte wurden durch Hochwasser abgeschnitten. Die Bauern mußten zum Teil ihre Häuser verlassen. **Verproviantierung südenlänglicher Dörfer durch Flugzeuge.**

Die englischen Behörden sandten Flugzeuge aus, um Westerham und die benachbarten Dörfer in der Grafschaft Kent, die durch die Schneemassen von der Außenwelt abgeschnitten sind, mit Lebensmitteln zu versehen. Da die Flugzeuge im Schnee nicht landen konnten, warf man die Lebensmittel in Säcken ab, die an Fallschirmen befestigt waren.

Lawinenturz an der italienisch-französischen Grenze.

Bei Stäubungen auf der Hochebene von Clavieres, an der italienisch-französischen Grenze, wurde eine Gruppe italienischer Offiziere und Soldaten des 1. Gebirgsartillerieregiments von einer Lawine überrascht und ein Inspekteur sowie zwei Offiziere verschüttet. Ein Leutnant war tot, ein anderer hatte leichtere Verletzungen, während der dritte unverletzt blieb.

Hestiger Wirbelsturm über Civitavecchia.

Ueber Civitavecchia hat am Mittwoch ein heftiger Wirbelsturm gewütet, der in der ganzen Stadt und im Hafen großen Schaden angerichtet hat. Ein Segelschiff soll mit der ganzen Besatzung untergegangen sein. Gleichzeitig wütete ein heftiger Wirbelwind in den Lagunen von Venedig.

Verkehrsstörungen durch Schneewetter in Ungarn.

Infolge der neu eingeleiteten Schneewehen leidet der Verkehr im ganzen Lande außerordentlich. Auf der

Strecke Budapest-Szobinof blieb der Zug auf der Strecke stehen. Die Linie nach Kecskemet ist mit 1½ Meter hohen Schneeschicht bedeckt. 150 Arbeitsleute vergeblich, die einen Kilometer lange Strecke bloßzulegen, da der Sturm die Strecke immer neu verweht.

Wolfsplage.

Nach Meldungen aus den östlichen Grenzgebieten Polens nimmt dort die Wolfsplage wieder überhand. Die Wölfe bringen in manchen Ortschaften in großen Rudeln bis dicht an die menschlichen Behausungen vor und überfallen Menschen und Vieh. In der Nähe von Wollowjst wurde ein Bauer von Wölfen überfallen und zerrissen. Auf der Straße zwischen Nowojelnia und Nowogrodol wurden zwei Frauen von Wölfen angefallen. Durch vorüberfahrende Bauern konnten die beiden Frauen jedoch noch gerettet werden. Im Grenzgebiete sind ferner eine große Reihe von Schmugglern von Wölfen überfallen und zerrissen worden, ohne daß nähere Einzelheiten darüber festgestellt werden konnten.

Nach Meldungen aus Budapest wagen sich die durch Hunger und überaus große Kälte zum äußersten gebrachten Wölfe bis in die transilvanischen Dörfer, wo sie unter den Schafherden erheblichen Schaden anrichten.

Die Erdbebenwarte Hohenheim registriert ein starkes Erdbeben. Der Seismograph der Erdbebenwarte Hohenheim verzeichnete vorgestern Abend ein starkes Fernbeben, dessen Herd sich in einer Entfernung von etwa 8100 Kilometer, wahrscheinlich im Golf von Alaska, befindet. Die ersten Erdschütterungswellen traten in Hohenheim um 19.32.1 Uhr, die Hauptwellen um 20.02 Uhr ein. Die Aufzeichnung der Wellenbewegung dauerte etwa 2½ Stunden.

Ein deutscher Dampfer an der schwedischen Küste gestrandet. Der Dampfer „Leda“ aus Bremen ist an der schwedischen Küste bei Binga gestrandet. Das Schiff befindet sich in gefährlicher Lage. Der Bergungsdampfer „Harald“ ist zur Unterstützung an die Strandungsstelle beordert worden.

Zur Verwaltungsreform in Sachsen

Von Dr. Kätz, Reichsminister a. D.

30. Dezember 1927

Mit einer gründlichen und ausgezeichneten Denkschrift ist der Präsident des sächsischen Staatsrechnungshofes, Schiel, dem Problem der Verwaltungsreform, soweit sie eine Ländersache ist, auf den Leib gerückt. Wenn seine konkreten Vorschläge naturgemäß sich auf speziell sächsische Verhältnisse beziehen müssen, so sind doch seine grundsätzlichen Erörterungen der allgemeinen Beachtung auch in anderen Ländern wert.

Ziel jeder Verwaltungsreform ist, wie Schiel zutreffend ausführt, eine nach innen und außen möglichst einfache und übersichtliche Behördenorganisation, die mit den geringsten Mitteln den größten Nutzen erreicht. Zur Erreichung dieses Zustandes fordert Schiel die Erfüllung folgender sehr richtiger Grundsätze: Die Verwaltung gehört grundsätzlich in die unteren Instanzen. Die Ober- und Mittelbehörden sind durch weitgehende Dezentralisierung möglichst von Verwaltungsgeschäften zu befreien. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit der zahlenmäßigen Verringerung dieser Behörden. Eine Verringerung der Zahl der unteren Verwaltungsbehörden ist möglich, wenn man zu einer Neueinteilung der Bezirke schreitet, deren Abgrenzung aus einer längst überholten Zeit stammt. Richtig ist auch der weitere Grundsatz, daß dort, wo für Aufgaben, die jetzt das Land durch eigene Behörden auf seine Kosten erledigen läßt, Reichseinrichtungen zur Verfügung stehen, das Land sich ihrer in möglichst weitem Umfange zu bedienen hat. Ferner können Vereinbarungen mit dem Reich und auch den größeren Städten getroffen werden, durch die das gegenwärtige Nebeneinanderbestehen völlig gleich gearteter Dienststellen vermieden wird.

Von sonstigen Einzelheiten abgesehen ergeben sich gegenüber zwei Vorschlägen grundsätzliche und praktische Bedenken. Schiel will das allgemeine Beamtenwesen vom Ministerium des Innern abtrennen und, wie dies beim Reich der Fall ist, auf das Finanzministerium übertragen. Die umgekehrte Tendenz ist richtig. Wir müssen auch beim Reich dahin gelangen, das Beamtenwesen ganz beim Ministerium des Innern zu zentralisieren. Bisher waren allerdings die Probleme des Beamtenwesens solche finanzieller Natur, aber für die Zukunft und für normale Verhältnisse hat die Beamtenpolitik des Reichs und der Länder primär andere Aufgaben zu erfüllen, sie liegen auf dem Gebiete der Schaffung und Handhabung eines modernen Beamtenrechts, einschließlich Dienststrafverfahren und Beamtenvertretung. Alles das gehört aber naturgemäß an die Zentralstelle, die für den Aufbau und das reibungslose Funktionieren des Staatsorganismus verantwortlich ist, das ist das Ministerium des Innern.

Schiel sucht berechtigterweise noch Sicherungen gegen zu große Ausgabefreudigkeit des Parlaments und verlangt, daß gegen einen neuen Ausgaben erfordern den Beschluß des Landtags der Einspruch der Regierung möglich ist und über diesen Einspruch nur mit qualifizierter Mehrheit hinweggegangen werden darf.

Das klingt an sich sehr wirkungsvoll, scheitert aber daran, daß der Landtag ja jede ihm durch einen solchen Einspruch unbequem werdende Regierung mit einfacher Mehrheit kürzen kann.

Die nächste Zukunft wird schon zeigen, ob Regierung und Landtag tatsächlich der entschiedenen Willen zu einer wirklichen Reform aufbringen. Die Denkschrift von Schiel hat eine verheißungsvolle kritische Prüfung von Einzelheiten doch im allgemeinen außerordentlich wertvolle Grundlage zu einem entsprechenden gesetzgeberischen Vorgehen geschaffen; nunmehr ist die Lösung des Problems in erster Linie eine Frage des politischen Willens.

